



Die Reiestellen informieren zur EU-Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO)

Informationen zu den Rechten betroffener Personen bei der Verarbeitung von personenbezogenen Daten nach Artikel 13 DSGVO durch die Reiestellen der Shared Service Center (SSC) bei der Bundesnetzagentur (Reisekosten / Umzugskosten / Trennungsgeld)

Aufgrund Artikel 13 DSGVO wird wie folgt informiert:

1. Zweck und Rechtsgrundlage für die Verarbeitung personenbezogener Daten

Die Reiestellen der Bundesnetzagentur (BNetzA) verwenden für die Bereiche Reisekosten, Umzugskosten und Trennungsgeld zur Erfüllung der ihnen übertragenen und in ihrer Zuständigkeit befindlichen Aufgaben auch personenbezogene Daten, die Sie ihnen zur Verfügung gestellt haben.

Die Daten werden aufgrund und zum Zweck der Buchung von Reisemitteln, Festsetzung und Zahlbarmachung der Reisekostenvergütung, des Trennungsgeldes oder der Umzugskostenvergütung gemäß den einschlägigen Rechtsvorschriften, z.B. dem Bundesreisekostengesetz (BRKG), der Trennungsgeldverordnung (TGV), der Auslandstrennungsgeldverordnung (ATGV), dem Bundesumzugskostengesetz (BUKG) und der Auslandsumzugskostenverordnung (AUV) in Verbindung mit § 3 Bundesdatenschutzgesetz (BDSG) einschließlich damit in Zusammenhang stehender Tätigkeiten (beispielsweise Rückforderungen) verarbeitet.

Die SSC bearbeiten die Reise-, Trennungsgeld- und Umzugskostenangelegenheiten von Beamten sowie von Tarifbeschäftigten des Bundes.

Unter »Verarbeitung« versteht man im Sinne des Artikels 4 DSGVO

- das „Erheben“, das „Erfassen“, die „Organisation“, das „Ordnen“, die „Speicherung“, die „Anpassung oder Veränderung“,
- das „Auslesen“, das „Abfragen“, die „Verwendung“, die „Offenlegung durch Übermittlung, Verbreitung oder eine andere Form der Bereitstellung“,
- den „Abgleich oder die Verknüpfung“,
- die „Einschränkung“, das „Löschen oder die Vernichtung von Daten“.

«Betroffene Personen» im Sinne der DSGVO sind die Empfänger von Reisemitteln und Reisekostenvergütung, Trennungsgeld und Umzugskostenvergütung und deren berücksichtigungsfähige Angehörige und Bevollmächtigte.

2. Art der gespeicherten Daten

Es handelt sich bei den gespeicherten Daten um personenbezogene Daten der «betroffenen Personen» zum Beispiel Name, Vorname, Personalnummer, Anschrift, Geburtsdatum, Familienstand, Zahlungsdaten sowie Daten aus den eingereichten Anträgen (z.B. Reiseverlauf, Verbindung mit Urlaub u.a.) und sonstigen Unterlagen.

3. Empfänger oder Kategorien von Empfängern der personenbezogenen Daten

Daten werden zum Zweck der Buchung von Reisemitteln sowie Festsetzung und Zahlbarmachung von Reisekostenvergütung, Trennungsgeld und Umzugskostenvergütung gemäß den einschlägigen Rechtsvorschriften, z.B. dem Bundesreisekostengesetz (BRKG), der Trennungsgeldverordnung (TGV), der Auslandstrennungsgeldverordnung (ATGV), dem Bundesumzugskostengesetz (BUKG) und der Auslandsumzugskostenverordnung (AUV) einschließlich damit im Zusammenhang stehender Tätigkeiten an folgende Stellen innerhalb der Bundesverwaltung weitergegeben:

- Bundeskassen
- Bundesrechnungshof (BRH)
- Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWi)
- Bezügezahlende Stellen
- Personalreferate der «betroffenen Personen»

- Vorgesetzte der «betroffenen Personen» im Rahmen des Genehmigungsverfahrens einer Dienstreise

Daten werden zum Zweck der Buchung von Reisemitteln in den Bereichen Reisekosten, Trennungsgeld und Umzugskosten gemäß den einschlägigen Rechtsvorschriften, z.B. dem Bundesreisekostengesetz (BRKG), der Trennungsgeldverordnung (TGV), der Auslandstrennungsgeldverordnung (ATGV), dem Bundesumzugskostengesetz (BUKG) und der Auslandsumzugskostenverordnung (AUV) an folgende Stellen außerhalb der Bundesverwaltung weitergegeben:

- Deutsche Bahn und andere Eisenbahnen
- Fluggesellschaften
- Reisebüros
- Buchungsportale
- Mietwagenfirmen
- Hotels

Im Falle von Rechtsstreitigkeiten werden Daten an folgende Stellen außerhalb der Bundesverwaltung weitergegeben:

- Gerichtsvollzieher (Rückforderungsverfahren)
- Gerichte (z. B. Verwaltungsgerichte)

4. Gesetzliche Grundlage zur Speicherung der Daten und Folgen der Nichtbereitstellung gemäß Artikel 13 Absatz 2 Buchstabe e) DSGVO

Die Bereitstellung der personenbezogenen Daten ist gesetzlich bzw. bei den Tarifbeschäftigten vertraglich vorgeschrieben. Es werden Daten verarbeitet, die für die Erfüllung unserer gesetzlichen Aufgaben als zuständige Stelle zur Buchung von Reisemittel sowie Festsetzung und Zahlbarmachung von Reisekostenvergütung, Trennungsgeld und Umzugskosten von Ihnen benötigt werden. Bei der Nichtbereitstellung der Daten kann die Buchung sowie Festsetzung und Zahlbarmachung nicht gewährleistet werden.

Personaldaten dürfen nur für Zwecke der Personalverwaltung oder Personalwirtschaft verwendet werden (§106 BBG). Der Dienstherr darf personenbezogene Daten nur erheben, soweit dies zur Begründung, Durchführung, Beendigung und Abwicklung des Dienstverhältnisses notwendig ist.

5. Aufbewahrung und Löschung der Daten

Grundsätzlich gelten für die Aufbewahrung von Personalakten die Regelungen des § 113 BBG. Für zahlungsbegründende Unterlagen für Reisekosten, Umzugskosten und Trennungsgeld beträgt die Aufbewahrungsfrist sechs Jahre. Das Gleiche gilt auch für die automatisiert gespeicherten Daten.

Die Akten werden nach Ablauf der Aufbewahrungsfrist ausgesondert und unter Wahrung des Datenschutzes vernichtet.

Die oben genannten Vorschriften sind für Tarifbeschäftigte sinngemäß anzuwenden. Die Einhaltung der Fristen ist durch ein geeignetes Kontrollsystem sichergestellt.

Die elektronisch gespeicherten Daten werden analog dieser Regelungen gelöscht.

6. Rechte aus dem Datenschutz

Jede «betroffene Person» hat auf Antrag verschiedene Rechte zur Verarbeitung ihrer personenbezogenen Daten, insbesondere das

6.1. Recht auf Auskunft über ihre von uns verarbeiteten personenbezogenen Daten

Hinsichtlich der von Ihnen durch die Bundesnetzagentur verarbeiteten personenbezogenen Daten haben Sie gemäß Artikel 15 DSGVO das Recht auf kostenfreie Auskunft insbesondere über:

- die Verarbeitungszwecke,
- die Kategorien personenbezogener Daten, die verarbeitet werden,
- die Empfänger oder Kategorien von Empfängern, gegenüber denen die personenbezogenen Daten offengelegt worden sind oder noch offengelegt werden,
- falls möglich die geplante Speicherdauer und
- die Herkunft der Daten, sofern diese nicht bei uns erhoben wurden.

Es gelten die in § 34 BDSG geregelten Ausnahmen.

6.2. Recht auf Berichtigung der Sie betreffenden personenbezogenen Daten

Gemäß Artikel 16 DSGVO haben Sie das Recht auf unverzüglich Berichtigung Sie betreffender unrichtiger personenbezogener Daten sowie gegebenenfalls das Recht auf Vervollständigung Ihrer bei uns gespeicherten unvollständigen Daten.

6.3. Recht auf Löschung nicht mehr benötigter Daten

Sie können aus den in Artikel 17 DSGVO dargestellten Gründen (z. B. wenn die Daten für die Zwecke, für die sie erhoben oder auf sonstige Weise verarbeitet wurden, nicht mehr notwendig sind) die Löschung Ihrer bei uns gespeicherten personenbezogenen Daten verlangen. Das gilt aber nicht sofern die Verarbeitung zur Ausübung des Rechts auf freie Meinungsäußerung und Information, zur Erfüllung einer rechtlichen Verpflichtung, aus Gründen des öffentlichen Interesses im Bereich der öffentlichen Gesundheit oder zur Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen erforderlich ist.

Es gelten die in § 35 BDSG geregelten Ausnahmen von diesem Recht.

6.4. Recht auf Einschränkung der «Verarbeitung» durch den «Verantwortlichen»

Das Recht auf Einschränkung der «Verarbeitung» gemäß Artikel 18 DSGVO beinhaltet die Möglichkeit für den Betroffenen, eine weitere Verarbeitung der ihn betreffenden personenbezogenen Daten vorläufig zu verhindern, wenn die Voraussetzungen des Artikels 18 Absatz 1 vorliegen, z.B. solange eine Prüfung entgegenstehender Rechte des Betroffenen noch andauert.

6.5. Recht auf Widerspruch gegen diese «Verarbeitung»

Sie haben gemäß Artikel 21 DSGVO das Recht, aus Gründen, die sich aus Ihrer besonderen Situation ergeben, jederzeit gegen die Verarbeitung Sie betreffender personenbezogener Daten Widerspruch einzulegen. Legen Sie Widerspruch ein, werden wir Ihre personenbezogenen Daten nicht mehr verarbeiten, es sei denn, dass von uns zwingende schutzwürdige Gründe für die Verarbeitung nachgewiesen werden, die gegenüber Ihren Interessen, Rechten und Freiheiten überwiegen oder dass die Verarbeitung der Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen dient.

6.6. Recht auf Datenübertragbarkeit

Gemäß Artikel 20 DSGVO haben Sie das Recht, die Sie betreffenden personenbezogenen Daten, die Sie der BNetzA zur Verfügung gestellt haben, in einem gängigen, strukturierten und maschinenlesbaren Format zu erhalten, wenn die BNetzA diese Daten auf Grundlage Ihrer Einwilligung verarbeitet und die Verarbeitung mithilfe automatisierter Verfahren erfolgt. Dieses Recht gilt nach Artikel 20 Abs. 3 S. 2 DSGVO nicht für eine Verarbeitung, die für die Wahrnehmung einer Aufgabe erforderlich ist, die im öffentlichen Interesse liegt.

7. Name und Anschrift des «Verantwortlichen»

Verantwortlicher im Sinne des Artikel 4 Nummer 7 DSGVO ist die
Bundesnetzagentur für Elektrizität, Gas, Telekommunikation, Post und Eisenbahnen
Tulpenfeld 4
53113 Bonn
vertreten durch ihren Präsidenten, Herrn Jochen Homann
E-Mail: Poststelle@bnetza.de

8. Kontaktdaten des behördlichen Datenschutzbeauftragten

Herr Guido Gesterkamp
E-Mail: bDSB@bnetza.de

9. Beschwerderecht bei einer Aufsichtsbehörde

Gemäß Artikel 77 DSGVO haben Sie – unbeschadet anderer Rechtsbehelfe – das Recht auf Beschwerde bei der zuständigen Aufsichtsbehörde, wenn Sie der Ansicht sind, dass die Verarbeitung der Sie betreffenden personenbezogenen Daten gegen geltendes Recht verstößt. Für die BNetzA ist als Aufsichtsbehörde zuständig:

Der Bundesbeauftragte für den Datenschutz und die Informationsfreiheit

Husarenstraße 30

53117 Bonn

Hinweis

Bitte geben Sie diese Information auch an weitere betroffene Personen wie z.B. berücksichtigungsfähige Angehörige oder Bevollmächtigte weiter.